

Für die Bewahrung des Iran-Nuklearabkommens



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: BAG Frieden & Internationales
Beschlussdatum: 14.09.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes
Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 Die Eskalationsspirale im Konflikt zwischen den USA und Iran, die durch den einseitigen
- 2 Ausstieg der USA aus des Iran-Nuklearabkommen (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA)
- 3 durch US-Präsident Trump im Mai 2018 in Gang gesetzt wurde, dreht sich zunehmend weiter
- 4 und
- 5 droht, den Vertrag als zentrales rüstungskontrollpolitisches Instrument in seiner Gesamtheit
- 6 zusammenbrechen zu lassen. Seit dem Ausstieg Washingtons wurden von US-Seite unilateral
- 7 die
- 8 Wiedereinführung und Verstärkung von nationalen Sanktionen beschlossen. Ziel ist es Iran -
- 9 bisher ohne Erfolg - im Rahmen einer Politik des „maximalen Drucks“ zu weitreichenden
- 10 Konzessionen, mit Blick auf sein ballistisches Raketenprogramm sowie sein regionales
- 11 Verhalten und einem neuen, allumfassenden Abkommen zu bewegen.
- 12 **Das Iran-Nuklearabkommen ist das Ergebnis jahrelanger internationaler**
- 13 **Bemühungen, durch**
- 14 **diplomatische Mittel den Streit um das iranische Nuklearprogramm beizulegen und**
- 15 **eine atomare**
- 16 **Bewaffnung Irans zu verhindern.** Durch seine Verpflichtungen im Verbund mit einem
- 17 präzedenzlosen Transparenzregime, überwacht durch die Internationale Atom- und
- 18 Energiebehörde (IAEA), wurde bisher erfolgreich das Risiko einer atomaren Bewaffnung Irans
- 19 auf ein beherrschbares Maß reduziert. Vor vier Jahren wurde die Vereinbarung mit der
- 20 Resolution 2231 vom VN-Sicherheitsrat angenommen und ist damit der rechtsverbindliche
- 21 Rahmen, auf den die internationale Staatengemeinschaft verpflichtet wurde. In seiner
- 22 Resolution fordert der Sicherheitsrat alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen auf,
- 23 geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Umsetzung der Vereinbarung zu unterstützen und
- 24 gleichzeitig Maßnahmen zu unterlassen, welche der Umsetzung der Verpflichtungen aus dem
- 25 Iran-Nuklearabkommen entgegenstehen. Der einseitige Ausstieg der USA und die Verhängung
- 26 unilateraler US-Sanktionen stehen dazu in Opposition. Neben der regelbasierten
- 27 internationalen Ordnung steht damit auch ein zentrales Rüstungskontrollregime unter
- 28 Beschuss.
- 29 **Ein Ende des Iran-Nuklearabkommens würde nicht nur eine Katastrophe für die**
- 30 **Region mit**
- 31 unüberschaubaren Konsequenzen einer möglichen Aufrüstungsspirale und eines nuklearen
- 32 Wettrüstens bedeuten - sondern würde auch ein fatales Signal der Unverlässlichkeit und damit
- 33 Verhandlungs- und Vereinbarungsunfähigkeit an Staaten wie Nordkorea senden, welche durch
- 34 diplomatischen und wirtschaftlichen Druck von ihrem Drang nach Atomwaffen abgebracht

werden

30 sollen.

31 **Der Iran-Nuklearabkommen versprach Iran für eine Aussetzung seines Nuklearprogramms**

32 **Sanktionserleichterungen und damit einhergehende wirtschaftliche Entwicklung.** Obwohl sich

33 die anderen Parteien der Vereinbarung - Russland, China, Frankreich, Großbritannien und
34 Deutschland - gegen die US-amerikanische Linie gestellt haben reichen ihre bisherigen
35 Bemühungen um Sanktionserleichterungen im Rahmen des Iran-Nuklearabkommens nicht aus:
Durch

36 die Dominanz des US-Dollars im Welthandels- und Finanzsystem und die Bedeutung des US-
37 Marktes für europäische, aber auch chinesische Banken und Unternehmen ist die US-Regierung
38 in der Lage, durch unilateral verhängte Sanktionen auch nicht-US basierte Unternehmen unter
39 Druck zu setzen.

40 **Deshalb profitiert der Iran nun nicht mehr wirtschaftlich von den internationalen**
41 **Sanktionserleichterungen:** Das Land kann kaum mehr Öl exportieren, europäische
Unternehmen

42 haben sich aus Angst vor US-Restriktionen zurückgezogen, der Handel ist eingebrochen, es
43 gibt kaum mehr Finanzkanäle. Nicht einmal mehr Medikamente und humanitäre Güter können
44 aufgrund von Selbstreglementierung und Übererfüllung von Unternehmen und fehlenden
45 Bankverbindungen geliefert werden - auch wenn die Güter gar nicht von US-Sanktionen erfasst
46 sind.

47 **Deshalb testet Teheran nun zunehmend Grauzonen bei der Erfüllung seiner nukleartechnischen**

48 **Verpflichtungen aus, nachdem sich das Land laut Berichten der IAEA bis Juni vollumfänglich**

49 **an diese gehalten hatte.** Im Juni 2019 hat Iran, wie von der IAEA bestätigt - schrittweise
50 begonnen, Uran über die unter des Iran-Nuklearabkommens festgelegten Obergrenze
51 anzureichern. **Hiermit sollen die Unterzeichnerstaaten unter Druck gesetzt werden:**
Falls das

52 Land nicht vom Iran-Nuklearabkommen wie vereinbart profitiere, sehe Teheran keinen Nutzen
53 darin, sich weiter an den Vertrag zu halten, so die Botschaft. Die bisherigen iranischen
54 Maßnahmen deutet aber daraufhin, dass man in Teheran weiter eine Verhandlungslösung
55 anstrebt.

56 **Wir fordern deshalb, dass**

- 57 • die Bundesregierung und die EU sich weiter im Rahmen der GASP (Gemeinsame Außen-
und
58 Sicherheitspolitik) zusammen mit den übrigen Parteien der Vereinbarung China und
59 Russland dafür einsetzen, die Wiener Nuklearvereinbarung als zentrales
60 rüstungskontrollpolitisches Instrument zu bewahren.
- 61 • die Bundesregierung alle praktikablen Maßnahmen ergreift, um wirtschaftliche
62 Aktivitäten, die nach europäischem Recht legal sind, abzusichern und den Handel mit
63 Iran aufrecht zu erhalten. Der Handels- und Zahlungsmechanismus INSTEX, dessen
64 Ausgestaltung und Funktionalität weiter vorangetrieben und ausgeweitet werden muss,

ist ein erster wichtiger Schritt, damit Iran wie in der Vereinbarung angelegt wirtschaftlich von Sanktionserleichterungen profitieren kann. Weitere Maßnahmen müssen aber folgen. Eine Möglichkeit sind beispielsweise staatlich abgesicherte, multilaterale Investitionsprogramme für Entwicklungsprojekte, die unmittelbar der iranischen Bevölkerung zugutekommen.

- die EU sich stärker mit den anderen Vertragspartnern abstimmt, wann eine „significant non-performance“ Irans mit Blick auf seine nukleartechnischen Verpflichtungen vorliegen würde, und sich deutlich gegenüber Iran positioniert, um eine sukzessive Aushöhlung der Vereinbarung zu verhindern und damit seine Funktion zu bewahren.

Im Umgang mit den aktuellen Differenzen im transatlantischen Verhältnis hinsichtlich Iran **zeigen sich die Grenzen europäischer Handlungsfreiheit. Dass die Europäische Union den US-amerikanischen Sekundärsanktionen, die europäische Unternehmen zwingen sich aus dem Iran-Geschäft zurückzuziehen, und der Politik des maximalen Drucks kaum etwas entgegensetzen hat, offenbart deutlich das geringe Maß einer finanz- und handelspolitischen Souveränität der EU.**

Dass wir in der EU nicht in der Lage sind, Maßnahmen durchzusetzen, wenn die USA das nicht wollen, kann nicht im Sinne unserer europäischen Friedens- und Sicherheitsinteressen sein. Es untergräbt unsere wirtschaftliche und politische Souveränität und die Glaubwürdigkeit der europäischen Außenpolitik

Wir fordern deshalb, dass

- die EU geeignete Maßnahmen ergreift, um ihre Widerstandsfähigkeit gegen Sekundärsanktionen und damit ihre finanz- und handelspolitische Souveränität erhöht. Dazu gehört längerfristig auch eine Stärkung der globalen Rolle des Euro.

Krise in der Straße von Hormus

Immer mehr wird nun der Persische Golf und die Straße von Hormus zum Austragungsort des Konfliktes zwischen USA und Iran. Mit großer Sorge beobachten wir den sukzessiven Aufbau einer militärischen Drohkulisse durch die USA, welche die Spannungen und das Risiko bewaffneter Zwischenfälle erhöht.

Wir fordern, dass alle Maßnahmen der EU und der Bundesregierung auf eine Deeskalation im

Konflikt zwischen USA und Iran ausgerichtet sind. Vor diesem Hintergrund lehnen wir die US-

Militärmission „Sentinel“ in der Straße von Hormus und eine deutsche Beteiligung daran ab. Eine „Koalition der Willigen“ unter Führung der USA, einer der beiden Streitparteien, kann kein Beitrag zur Entspannung der Lage sein. Die Freiheit der internationalen Schifffahrt und die maritimen Handelswege stehen für uns nicht zur Disposition. **Einem Einsatz der Bundeswehr**

99 **im Persischen Golf werden wir nur im Rahmen einer völkerrechts- und**
grundgesetzkonformen

100 **Mission und mit einem Mandat der Vereinten Nationen zustimmen.**

101 Wir fordern, dass die EU ein deutliches Gegengewicht zur Logik von Drohungen und
102 Gegendrohungen setzt, der die Regierungen der USA und des Irans, sowie weitere Akteure,
103 aktuell folgen. Diese Logik birgt eine enorme Gefahr für Fehlkalkulationen und eine
104 Eigendynamik, die sich bis hin zum Krieg entwickeln könnte. Dies wäre schlussendlich einmal
105 mehr Wasser auf den Mühlen all derer, die überzeugt sind, dass das Streben nach Atomwaffen
106 das einzige Mittel der wirksamen Abschreckung und Selbstverteidigung sei. Vor allem jedoch
107 droht eine von der EU und ihren Partner*innen in dieser Frage ungebremsste Eskalationspolitik
108 den gesamten Nahen Osten und seine Bewohner*innen, sowie alle Nachbarregionen durch
einen
109 unkalkulierbaren Krieg auf schlimmste Weise in Mitleidenschaft zu ziehen und Abertausende
110 von Menschenleben zu kosten.

111 Um aus dieser Sackgasse herauszukommen und auf eine Deeskalation in der Region
112 hinzuarbeiten, braucht es erstens Kommunikationskanäle zwischen Washington und Teheran
sowie
113 zumindest eine grundlegende Verständigung. Wir fordern die Bundesregierung auf, die US-Seite
114 aufzufordern ein realistisches und glaubhaftes Angebot für einen politischen Ausweg
115 vorzulegen. Zweitens wird der Konflikt mittelfristig nur dann lösbar werden, wenn es
116 gelingt, zwischen den berechtigten Interessen der Akteure der Region nach Sicherheit und
117 Stabilität, wie Israel, Saudi-Arabiens, aber eben auch des Irans, einen vertretbaren
118 Ausgleich zu schaffen. Hier ist die EU als Vermittlerin gefragt.

119 Allerdings wird es nicht zu einer nachhaltigen Entspannung in der Region kommen, solange die
120 unverminderten Vernichtungsdrohungen gegen Israel durch das iranische Regime kein Ende
121 nehmen, die wir aufs schärfste verurteilen, und solange es keine Anerkennung des Staates
122 Israel gibt. Wir fordern weiterhin ein klares Bekenntnis zur Sicherheit Israels und seinem
123 Recht auf Selbstverteidigung im Rahmen des Völkerrechts angesichts der Drohungen und
124 militärischen Aktivitäten Irans. Dies gilt ebenso gegenüber mit dem Iran verbündeten oder
125 von diesem gesteuerten Akteuren, deren Aufrüstung eine erhebliche Gefahr für Frieden und die
126 Sicherheit Israels darstellt. Deutschland muss insbesondere auf die Einhaltung der UNSR-
127 Resolution 1701 durch die Hisbollah dringen und sich verstärkt etwa gegenüber Russland gegen

128 eine militärische Etablierung des Iran in Syrien einsetzen. Gleichwohl lehnen wir auch die
129 scharfe Rhetorik des israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu und Teilen der israelischen
130 Regierung ab, genauso wie Militärschläge gegen iranische Atomanlagen.

131 Die aktuellen Bemühungen zur Bewahrung des Iran-Nuklearabkommens dürfen keine
Begründung
132 dafür sein, dass sich die Bundesregierung bei der klaren Benennung der täglichen
133 Verletzungen von Menschenrechten und rechtsstaatlichen Prinzipien durch Iran zurückhält.

134 **Für einen ganzheitlichen Regionalansatz**

135 Iran kann aufgrund seiner Größe, geostrategischen Lage und Bevölkerungszahl und damit
seiner
136 regionalen Bedeutung nicht ignoriert werden, ist aber unter anderem aufgrund seiner

137 Regionalpolitik, dem ballistischen Raketenprogramm, der feindseligen Haltung gegenüber
138 Israel und der verheerenden Menschenrechtslage im Land ein problematischer regionaler
139 Akteur. In einer zunehmend fragmentierten und von Krisen und Kriegen betroffenen Region ist
140 Iran daher zwar Teil des Problems, aber eben auch der Lösung.

141 Unsere Politik gegenüber Iran muss dabei Teil eines ganzheitlichen Ansatzes sein, der auf
142 einer Äquidistanz zu Saudi-Arabien und Iran basiert und sicherheitspolitische Fragen in
143 einem regionalen Kontext diskutiert. Dafür muss die deutsche wie die EU-Politik gegenüber
144 Saudi-Arabien dringend korrigiert werden: d.h., das tatsächliche Verhalten muss angepasst
145 werden, um die autoritären Strukturen beider Länder, ihre problematische regionalen Rollen
146 und ihr Ringen um die regionale Vormachtstellung gleichermaßen kritisch zu adressieren. Vor
147 allem der Export von Rüstungsgütern sowie jegliche militärische Zusammenarbeit mit Saudi-
148 Arabien sind umgehend zu beenden.

149 Die Doppelstandard-Politik der Bundesregierung ist hier kontraproduktiv für eine
150 erfolgreiche deutsche und EU-Politik in der Region. **Wir fordern einen vertieften Dialog mit**
151 **Iran sowie zwischen Iran und den Ländern des Golfkooperationsrats über regionale**
Konflikte
152 **und die Frage, wie ein Prozess hin zu einer regionalen Sicherheitsarchitektur**
gestaltet
153 **werden kann.**